Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

16. JAHRGANG • NR. 103 **Februar 2017**

STANDPUNKT

2 Mit Martin Schulz für mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt

WAHLKREIS

3 Buchlesung: „Jahrhundertzeugen“
3 Frühjahrsempfänge
4 Porzer Dreigestirn im Bundestag
7 Frühlingsempfang im Bürgerbüro Porz
7 Treffen der SPD-Abgeordneten

KÖLN

8 Veranstaltungen mit Karl Lauterbach, Andrea Nahles und Dagmar Freitag

SPD

9 Martin Schulz wird Kanzlerkandidat der SPD

BUNDESTAG

12 Geschlossen gegen den Terrorismus
13 Wechsel auf der Regierungsbank
13 Interview mit Martin Dörmann zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk
16 Fragen zu Donald Trump
17 Jahresauftaktklausur der SPD-Bundestagsfraktion mit Beschlüssen zu Steuern, Familie und Sicherheit
27 Wahlkampf-Spendenkonto

INFOS UND IMPRESSUM

28 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum, Sitzungswochen 2017

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 6.2.2017

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Mit Martin Schulz für mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Gute Umfragewerte und eine neue Aufbruchstimmung in der SPD verschaffen dem designierten Kanzlerkandidaten eine gute Ausgangslage für die Bundestagswahl. International stehen wir vor historischen Herausforderungen.

Wir leben in schwierigen **Umbruchzeiten**, die inzwischen **welthistorische Bedeutung** haben. Das **Brexit-Votum** der Briten und der **Wahlsieg von Donald Trump** im letzten Jahr haben leider die ohnehin vorhandenen Herausforderungen noch einmal drastisch verschärft. Eigentlich wäre im Zeitalter der Globalisierung eine bessere Zusammenarbeit des Westens und die gemeinsame Verteidigung unserer Werte gegen Autokraten und Terroristen der richtige Weg. Nun regiert in Washington ein cholerisch und zerstörerisch agierender Präsident, der sich als „lupenreiner" Autokrat erweist. Er will seine Ideologie und Geschäftsinteressen ohne Respekt vor Menschen, Justiz und den demokratischen Institutionen durchsetzen. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass auch die anstehenden **Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich** die fatale Tendenz nationaler Abschottung bestätigen.

Umso größer wird die **Bedeutung der Bundestagswahl am 24. September** sein. Deutschland fällt in der EU eine Schlüsselrolle zu. Mit **Martin Schulz** wird die SPD einen Kanzlerkandidaten ins Rennen schicken, der wie kaum ein anderer auch ganz persönlich **für europäische Werte, internationale Zusammenarbeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt** steht. Mit seiner werteorientierten Haltung und seinem nachdrücklichen Eintreten für Gerechtigkeit unterscheidet er sich von der allzu pragmatischen Kanzlerin. Bei dieser monieren selbst Unionsabgeordnete hinter vorgehaltener Hand, bei ihr wisse man nicht, wofür sie eigentlich stehe. Auch angesichts des Dauerkonflikts zwischen CDU und CSU erscheint Merkel inzwischen kraftlos.

Nach dem jüngsten **ARD-Deutschlandtrend** vom 3. Februar liegt Schulz bei der **Kanzlerpräferenz** mit **50 zu 34 Prozent** deutlich vor Merkel. Und die SPD ist seit Bekanntgabe seiner Kandidatur um 8 Punkte auf 28 Prozent gestiegen. Auch wenn die Umfrageergebnisse eine Momentaufnahme sind: sie belegen, dass viel in Bewegung und der **Wahlausgang völlig offen** ist. Offensichtlich gibt es ein Grundbedürfnis nach Veränderungen in einer zunehmend politisierten Öffentlichkeit.

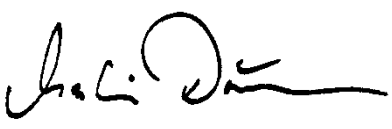
Das ist eine **große Chance für die SPD**. Sie hat nach langjährigen Erkenntnissen der Meinungsforscher **das größte Wachstumspotenzial aller Parteien**. Das muss aber auch mobilisiert werden. Es war eine **kluge Entscheidung von Sigmar Gabriel**, Martin Schulz sowohl als Kanzlerkandidaten als auch neuen Parteivorsitzenden vorzuschlagen. Er hat die SPD dadurch zum richtigen Zeitpunkt in die bestmögliche Ausgangsposition für die Wahl gebracht.

Wir alle wissen, wie sehr Sigmar Gabriel vor allem das Amt des Parteivorsitzenden geschätzt hat. Er hat es nur schweren Herzens aufgegeben. Umso höher ist ihm dieser Schritt anzurechnen, zumal er die SPD in den vergangenen Jahren gut geführt und **wichtige Erfolge** erzielt hat. Die Partei ist inhaltlich sehr geschlossen. So konnten wir in der Großen Koalition wichtige sozialdemokratische Anliegen durchsetzen. Dazu zählen: Mindestlohn, Rentenpaket, deutlich mehr Geld für Pflege, Bildung, Kommunen und Infrastruktur sowie wichtige familien- und arbeitsmarktpolitischen Fortschritte.

Damit wir die nächsten Schritte für mehr Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine gute wirtschaftliche Entwicklung gehen können, streben wir eine **sozialdemokratisch geführte Bundesregierung** an. Diese **unterstützen** laut ARD-Deutschlandtrend derzeit **50 Prozent der Bevölkerung**, nur 39 eine unionsgeführte. Mit Martin Schulz haben wir einen Kandidaten, der den festen Willen hat, Bundeskanzler zu werden und dafür auch die notwendigen Qualitäten mit sich bringt. Gerade der enorme Anstieg der Neueintritte in die SPD in den letzten Wochen zeigt, dass er die Zugkraft hat, Menschen zu begeistern und neue WählerInnen zu mobilisieren.

Ich freue mich sehr über die neue **Aufbruchstimmung in der SPD** und auf spannende **Wahlkämpfe 2017**: im Mai für unsere **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft**. Und im September für **Martin Schulz als Bundeskanzler**. Glück auf!

Herzlichst



WAHLKREIS

„Jahrhundertzeugen“: Buchlesung mit Autor Tim Pröse

Der Bundestagsabgeordnete **Martin Dörmann** und der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** laden gemeinsam mit dem Kölner **SPD-Ortsverein Porz-Eil, Finkenberg, Gremberghoven** zu einer Autorenlesung mit anschließender Diskussion ein.

„Jahrhundertzeugen“
Die Botschaft der letzten Helden gegen Hitler

Freitag, 10. Februar 2017, 17:30 bis 19 Uhr

Jugendzentrum Glashütte, Glashüttenstr. 20,
51143 Köln (Porz)

Der Autor **Tim Pröse** hat wichtige Zeugen gegen Hitler über viele Jahre begleitet und erzählt in 18 eindrucksvollen Porträts von ihrem Leben und ihrer Botschaft: ein Plädoyer der Unangepassten für mehr Toleranz und gegen das Vergessen. Mit großem Einfühlungsvermögen gelingt es dem Autoren und Reporter, sich diesen „Helden“ menschlich anzunähern und ihr Erlebtes vom Gestern ins Heute zu holen. Ein sehr persönlich erzähltes Stück Zeitgeschichte über Ausnahmemenschen.

Empfänge

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

Vortrag und Diskussion mit

Norbert Walter-Borjans

Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

„Ein starker Staat braucht starke Finanzen“

Dienstag, 14. März 2016, 19:00 Uhr

(Einlass: 18:30 Uhr)
Bezirksrathaus Porz, Rathaussaal,
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln (Porz)

Frühjahrsempfang des SPD-Ortsvereins Rath-Heumar

Vortrag und Diskussion mit

Thomas Kutschaty

Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen

Sonntag, 26. März 2016, 11:00 Uhr

Bürger- und Vereinszentrum Rath-Heumar,
Rösrather Straße 603, 51107 Köln (Rath-Heumar)

Porzer Dreigestirn und Rezag-Girls begeistern im Bundestag

Vielfältiges Programm auf Einladung von Martin Dörmann

Nach einer alten kölschen Regel ist es nun also „Brauchtum“: Zum dritten Mal flog Mitte Januar ein Porzer Dreigestirn auf Einladung von **Martin Dörmann** mit einer fast 40-köpfigen Gruppe nach Berlin. Dieser hatte für **Prinz Helmut I.**, **Bauer Hans**, **Jungfrau Melanie** und ihre Equipe ein ganztägiges Programm im Bundestag organisiert, das er begleitete. Mit dabei waren auch: vom Festausschuss Porzer Karneval (FAS) dessen Präsident **Stephan Demmer**, Geschäftsführer **Holger Harms** und Literat **Stefan Lohe,** zudem der Präsident der KG Urbacher Räuber **Thomas Dieckmann** sowie die **Rezag-Girls,** die Show-Tanzgruppe der Porzer Ehrengarde KG Fidele Grön-Wieße REZAG.

Mit großer Delegation und kleinem Gepäck reiste das Dreigestirn in Berlin an

Deren tolle Tanzeinlage im Reichstagspräsidentenpalais der „Parlamentarischen Gesellschaft“ zum Auftakt war dort eine absolute Premiere und lockte begeistertes Publikum an. Danach ging es zu einem Empfang, an dem Bundestagsvizepräsidentin **Ulla Schmidt** und Kölns erste Bürgermeisterin und Bundestagsabgeordnete **Elfi Scho-Antwerpes** teilnahmen. Es wurde dabei kräftig gesungen, etwa die Porzer Hymne, die Prinz Helmut I. selbst komponiert hat.

Auf der Besuchertribüne im Plenarsaal

Anschließend verfolgte die Delegation auf der Tribüne des Plenums eine Bundestagsdebatte, bei der das Dreigestirn von Vizepräsidentin **Claudia Roth** offiziell begrüßt wurde. So fand der Besuch sogar Eingang in das Protokoll des Deutschen Bundestages.

Auf den einzelnen Wegen im Bundestag wurde das Dreigestirn immer wieder von Abgeordneten und Mitarbeitern um gemeinsame Fotos gebeten. Martin Dörmann zeigte sich von dem Besuch ebenfalls begeistert: „Das Trifolium hat die familiäre Stimmung ihres Vereins, der KG Urbacher Räuber, und aller Porzer Jecken nach Berlin getragen. Sie sind die bestmöglichen Botschafter für Porz und Köln. Die drei verbreiten Herzenswärme und gute Laune in nicht leichten Zeiten.“

Die Karnevalisten bedankten sich am Ende herzlich bei Martin Dörmann für ein besonderes Erlebnis und die stete Unterstützung. Prinz Helmut I. fasste es so zusammen: „Wir fühlen uns sehr geehrt, dass wir in Berlin sein durften. Überall sind wir herzlich aufgenommen worden. Dieses Erlebnis werden wir sicherlich niemals vergessen.“

Seinen standesgemäßen Ausklang fand der Berlinbesuch am Abend in der „Ständigen Vertretung“ (StäV). Auch dort war die Begeisterung groß. Es wurden zahlreiche Fotos mit Gästen geschossen sowie Orden verteilt - vom Besitzer der rheinischen Kneipe bis zu einer Touristin aus Thailand. Und natürlich erklangen aus kräftigen Kehlen viele kölsche Lieder - vom „Veedel“ bis zum „Stammbaum“.

Auch Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt ließ sich von der guten Stimmung mitreißen und sang kräftig mit

→ **Ein stimmungsvolles Video mit den Bildern vom Bundestagsbesuch des Porzer Dreigestirns ist eingestellt unter: www.youtube.com/watch?v=WSe04XGiPUA**

Auf der Homepage eingestellt: Das Jahrbuch 2016

Auf der Homepage erschienen ist das „Jahrbuch 2016“ von Martin Dörmann. Es enthält u. a. eine Auswahl von Artikeln aus der Berlin Depesche mit dem Schwerpunkt Wahlkreisarbeit. Druckexemplare liegen in allen drei Kölner Bürgerbüros und im Abgeordnetenbüro in Berlin zur Mitnahme bereit. Die Broschüre ist zudem auf der Homepage **www.martin-doermann.de** eingestellt:

→ **martin-doermann.de/wp-content/uploads/2017/01/170117-Jahrbuch-2016-E.pdf**

Marco Pagano ist neuer Bezirksbürgermeister in Kalk

Marco Pagano wurde in der Bezirksvertretungssitzung am 2. Februar nahezu einstimmig zum neuen Bezirksbürgermeister für Kalk gewählt. Er tritt die Nachfolge von **Markus Thiele** an, der Ende Januar nach sieben Jahren als Bezirksbürgermeister seine kommunalpolitischen Ämter aus privaten Gründen niederlegte.

Pagano ist seit 2009 Mitglied der Bezirksvertretung und Vorsitzender der örtlichen SPD-Fraktion. „Ich freue mich über die Entscheidung der Bezirksvertretung und gratuliere Marco Pagano zu seiner Wahl. Außerdem danke ich Markus Thiele für sein vorbildliches Engagement für den Stadtbezirk und die langjährige gute Zusammenarbeit“, so **Martin Dörmann**. Thieles Platz in der Bezirksvertretung wird **Marcel Hagedorn** übernehmen, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Kalk.

Markus Thiele

Marco Pagano

Frühlingsempfang im SPD-Bürgerbüro Porz

Zum traditionellen Frühlingsempfang in ihrem gemeinsamen Wahlkreisbüro laden **Martin Dörmann, MdB** und **Jochen Ott, MdL** Vereinsvertreter/innen ein:

Freitag, 10. März 2016, 16.30 Uhr

SPD-Bürgerbüro Porz, Hauptstraße 327, 51143 Köln

Im Rahmen des Empfangs findet erneut eine Ausstellungseröffnung statt. Zu sehen sein werden die Bilder des Porzer Künstlers **Danny Frede**. Der Fotograf und Grafiker stellt in seiner Ausstellung „Serielle Rechtecke“ die Gesamtheit der Digitalisierung des Alltages dar.

SPD-Wahlkreistreffen

Dörmann, Ott, Gatter und dos Santos Herrmann luden ein

Wie es schon gute Tradition geworden ist, luden die SPD-Abgeordneten aus Land und Bund für die Stadtbezirke Porz und Kalk sowie die nördliche Innenstadt Mitte Januar zum alljährlichen Wahlkreistreffen. VertreterInnen der SPD-Ortsvereine kamen in die Räumlichkeiten der Alexianer in Porz. Bei bester Stimmung und leckerem Essen wurde viel gelacht und über die aktuelle politische Lage diskutiert.

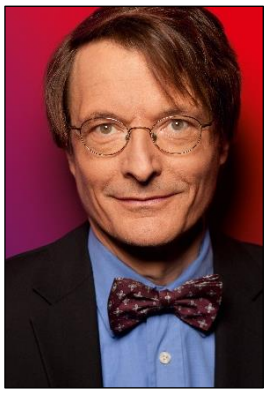
Bei der anstehenden Landtagswahl im Mai wird der langjährige Abgeordnete **Stephan Gatter** (Wahlkreis Kalk-West und nördliche Innenstadt/Deutz) nicht noch einmal antreten. Um seine Nachfolge bewirbt sich die Kölner Ratsfrau **Susana dos Santos Herrmann**. Beide sprachen ebenso zu den Gästen wie der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** und **Martin Dörmann**, die erneut in ihren Wahlkreisen kandidieren.

Das Wahlkreis-Mitarbeiterteam der Abgeordneten (v.l.): Nadesha Dietz, Tim Cremer (bei Martin Dörmann), Marion und Karl-Heinz Tillmann (bei Jochen Ott) sowie Frank Heinz (bei Stephan Gatter)

Die Abgeordneten Stephan Gatter, Martin Dörmann, Jochen Ott und Landtagskandidatin Susana dos Santos Herrmann stießen auf weiterhin gute Zusammenarbeit an

„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der Kölner Bundestagsabgeordneten

Was ändert sich 2017 im Pflegesystem?
Pflegereform und Ausbildungsreform der Pflegeberufe



Vortrag und Diskussion mit

Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Mittwoch, 8. Februar 2016, 19:00 Uhr

Bistro Le Buffet, Bezirksrathaus Mülheim,
Wiener Platz 2a, 51065 Köln (Mülheim)

Diskussionsveranstaltung

#ARBEITENVIERNULL
Zukunftsmotor oder Jobkiller?

Vortrag und Diskussion mit

Andrea Nahles, MdB

Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Donnerstag, 9. Februar 2016, 18:00 Uhr

LANXESS-Hauptsitz,
Kennedyplatz 1, 50569 Köln (Deutz)

Diskussion zum Thema Sport mit Dagmar Freitag, MdB

„Rahmenbedingungen für Spitzen- und Breitensport verbessern“

Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten luden am 2. Februar zu einer gemeinsamen „Fraktion vor Ort“- Veranstaltung im RheinEnergieStadion ein.

Zum Thema „Verbindung gekappt? - Die unterschiedlichen Welten des Spitzen- und Breitensports“ sprach die Vorsitzende des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, **Dagmar Freitag, MdB**.

Der Einladung gefolgt waren insbesondere VertreterInnen unterschiedlicher Kölner Sportvereine. Freitag berichtete den Anwesenden von der aktuellen Entwicklung der Spitzensportförderung für Menschen mit und ohne Behinderung. Dabei betonte sie insbesondere die Rolle des Bundes und dessen Schaffung von Rahmenbedingungen, die unbedingt gesetzlich verankert werden müssen.

Im Weiteren hob sie die Bedeutung des Breitensports hervor, besonders im Bereich der Integration und Inklusion. Aktivitäten in Sportvereinen können Werte wie Toleranz und Fairness vermitteln und Menschen unterschiedlicher Kulturen, Generationen und sozialer Hintergründe zusammenführen.

Im Anschluss gab es eine lebhafte Debatte um die Zukunft und die Möglichkeiten, die der Breitensport für die gesellschaftliche Entwicklung darstellt.

Martin Schulz wird Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD

Aufbruchstimmung bei den Sozialdemokraten

Die SPD zieht mit Martin Schulz an der Spitze in den Wahlkampf – und will ihn auch zum neuen Parteichef machen. Bei seiner Vorstellung im Berliner Willy-Brandt-Haus begeisterte er über 1.000 Mitglieder und Gäste. Und er stimmte alle auf einen kämpferischen Wahlkampf ein: „Lasst uns anpacken und unser Land gerechter machen und das mutlose ‚Weiter-so' beenden."

Martin Schulz setzte ein klares Ziel für die Bundestagswahl am 24. September: „Ich trete mit dem Anspruch an, Bundeskanzler zu werden!" Deutschland brauche eine starke Sozialdemokratie. „Denn wir wollen, dass es in unserem Land gerechter zugeht. Dass die Menschen sicher und gut leben können. Dass unsere Kinder eine Perspektive haben. Dass Deutschland ein Stabilitätsfaktor in Europa und in der Welt ist."

„Auf-Sicht-Fahren ist zu wenig"

Martin Schulz will gemeinsam mit der SPD für mehr Gerechtigkeit sorgen, Vertrauen aufbauen und das Land voranbringen. Der Kanzlerin warf er vor, „dass in diesen Zeiten das taktische Auf-Sicht-Fahren und Herumlavieren einfach zu wenig ist."

Martin Schulz hat klare Vorstellungen, wie dieses Land besser regiert werden kann. Dazu zählen sichere Jobs und gute Löhne – Grundbedingungen für eine Rente, von der man später in Würde leben kann. Außerdem eine innovative Wirtschafts- und eine gerechte Steuerpolitik. Im Zentrum sozialdemokratischer Politik sollen weiterhin Familien und Kinder stehen. Eine Bundesregierung mit Martin Schulz an der Spitze werde mehr in gute Bildung und in die Sanierung der Schulen – die „Leuchttürme" unserer Gesellschaft – investieren.

Gesellschaft zusammenhalten

„Vieles ist aus dem Lot geraten", mahnte Schulz. Allen Menschen, die sich in unserem Land nicht sicher fühlen und Ängste haben, sei die SPD ein verlässlicher Anwalt. Er versprach für mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden zu sorgen, „indem wir genug Polizei auf die Straße bringen." Im Wahlkampf werde es der SPD um bezahlbare Wohnungen für alle gehen, um gesunde Lebensmittel oder auch die Chancen der Digitalisierung. Im Kern gehe es aber darum, die Gesellschaft zusammenhalten, fasste der Kanzlerkandidat zusammen. „Der Kitt unserer Gesellschaft sind die Sportvereine, die Nachbarschaftsinitiativen, die Kirchen, die Gewerkschaften und Betriebe und die Bildungsstätten." Sie zu unterstützen sei das Gebot der Stunde. Die SPD führe zusammen, sie spalte nicht. Die Mörder und Terroristen des sogenannten Islamischen Staates „müssen wir mit harter Hand bekämpfen, mit Polizei, den Sicherheitsdiensten und allen Mitteln des Strafrechts, ohne dass wir dabei die Freiheit und Liberalität opfern", sagte Schulz. „Für Terror gibt es keine Rechtfertigung."

Schulz sagt Rassisten den Kampf an

Auf der anderen Seite bekämpften radikale Nationalisten unsere freie Demokratie. Schulz erinnerte daran, wozu ein blinder Nationalismus führt – „das haben wir in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebt. Deshalb ist die Partei der Höckes, der Gaulands und Petrys keine Alternative für Deutschland, sondern sie ist eine Schande für die Bundesrepublik", rief er den Gästen in seiner immer wieder durch begeisterten Beifall unterbrochenen Rede zu. Schulz machte deutlich: „All diesen Rassisten, Extremisten und Populisten sage ich, sagt die gesamte SPD den Kampf an!"

Eintrittswelle in der SPD

Martin Schulz stammt aus einem „einfachen" Elternhaus. Er wollte Fußballprofi werden, doch sein Traum platzte – und er verlor die Orientierung. „Ich weiß, was es bedeutet, wenn man vom Weg abkommt. Aber ich weiß auch, wie gut es sich anfühlt, wenn Familie und Freunde einen wieder aufrichten und man dadurch eine zweite Chance bekommt." Schulz wurde Buchhändler, dann erfolgreicher Kommunal- und Europapolitiker. Ein Mann ohne Abitur, ohne Studium – ein Mann aus der Provinz. „All diese Dinge sehe ich nicht als Makel, weil ich diese Zuschreibungen mit der Mehrheit der Menschen in unserem Land teile."

„Es geht ein Ruck durch die SPD, es geht ein Ruck durch das ganze Land." Martin Schulz erfährt nicht erst seit seiner Nominierung sehr viel Begeisterung und Unterstützung. Seit bekannt wurde, dass Martin Schulz Kanzlerkandidat der SPD werden soll, reißt eine Eintrittswelle in die SPD nicht ab. „Wir wollen diese Aufbruchstimmung nutzen", rief er den Mitgliedern zu. „Lasst uns anpacken und unser Land gerechter machen!"

Auszüge aus der Rede von Martin Schulz im Willy-Brandt-Haus am 30. Januar 2017

Soeben hat mich der Parteivorstand meiner Partei als Kanzlerkandidaten und künftigen Parteivorsitzenden vorgeschlagen. Das ist ein bewegender Moment für mich und ich bin froh, dass ich diesen Moment mit euch und mit Ihnen hier teilen darf. […]

Überall ist es zu spüren: Die Aufbruchstimmung und die neue Hoffnung in der Partei sind nicht nur hier im Saal, sondern auch im ganzen Land greifbar und wir werden die Wahlen in diesem Jahr wieder richtig spannend machen.

Ich bin sehr gerührt und dankbar für den riesigen Zuspruch, den ich in den letzten Tagen von Parteimitgliedern und aus der Bevölkerung erfahren habe und deshalb freue ich mich auf den Wahlkampf, der nun vor uns liegt! […]

In den letzten Wochen und Monaten haben wir bewiesen: Die Partei war diszipliniert und solidarisch. Das haben viele uns nicht zugetraut, denn manche denken noch immer, Politik sei es, wenn man sich gegenseitig austrickse oder sich in die Kniekehlen trete. Nein!

Sozialdemokratie heißt: ein fairer und ein solidarischer Umgang miteinander! Hand in Hand und Seit' an Seit', um das Beste für unser Land zu erreichen. Wir suchen pragmatische Lösungen, im Dienste der Menschen. […]

Der verlässliche Partner in der Bundesregierung ist die SPD und die tragende Kraft die SPD-Bundestagsfraktion. Wir haben die wichtigen Zukunftsprojekte für unser Land angeschoben und realisiert.

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratie in Deutschland tritt mit dem Anspruch an, bei der kommenden Bundestagswahl die stärkste politische Kraft zu werden. Und ich trete mit dem Anspruch an, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden!

[…] Wir sind die Gewissheit, dass wir die Dinge zum Besseren wenden können, wenn wir die Ärmel hochkrempeln und gemeinsam anpacken. Und wir müssen Vertrauen zurückgewinnen und signalisieren, dass sich die Menschen auf uns verlassen können. […]

Dabei geht es auch um gegenseitigen Respekt: Mir ist wichtig, dass die hart arbeitenden Menschen, die sich an die Regeln halten, die sich um ihre Kinder und oft auch um ihre Eltern kümmern, die manchmal trotz zweier Einkommen nur geradeso über die Runden kommen, dass wir diese Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Dafür trete ich an!

Die Menschen, die den Laden am Laufen halten, diese Menschen haben Respekt verdient. Respekt für ihre Lebensleistung. Ich habe diesen Respekt, auch will ich aus eigener Erfahrung weiß, dass manche Wege steinig und beschwerlich sind und dass man auch vom Weg abkommen kann. […]

Ich möchte, dass es gerecht in unserem Land zugeht. […] Das ist die Aufgabe der SPD, für Gerechtigkeit zu sorgen, Vertrauen aufzubauen und dadurch unser Land voranzubringen. […]

Ich scheue mich vor keinem Konflikt. Im besten Fall kann ein Wahlkampf zu einer Sternstunde der Demokratie werden. Aber klar ist auch: Die SPD, ich werde in diesem Wahlkampf fair mit den politischen Wettbewerbern umgehen. Politischer Meinungsstreit darf nicht zu Hass, zu Häme oder zu Spott führen und diejenigen, die das versuchen, werden wir demaskieren. […]

Die Migrationsfragen treiben uns alle um. Unsere Gesellschaft ist als Ganzes herausgefordert, weil Rattenfänger versuchen, auf dem Rücken der Flüchtlinge ihr politisches Kapital zu schlagen. Das ist schändlich und abstoßend.

Mein Ausgangspunkt in der Debatte ist eine sehr deutsche Erfahrung: unser Land kennt Krieg, Diktatur, Verfolgung und Vertreibung. Wir Deutschen wissen, dass es Zeiten und Situationen gibt, in denen Menschen fliehen müssen, wenn sie überleben oder der Folter und Verfolgung entrinnen wollen. […]

Diese Erfahrung bedeutet: wenn Menschen vor dem bestialischen Terror des sogenannten Islamischen Staats fliehen, dann haben sie den Schutz in Europa verdient und deshalb ist ein generelles Misstrauen diesen Flüchtlingen gegenüber ein Sieg des sogenannten IS.

Die richtige Strategie bei einer humanen Flüchtlingspolitik heißt bei den Fluchtursachen anzusetzen, also unermüdlich für einen Friedensprozess in Syrien zu arbeiten und die dramatische Armut und politische und wirtschaftliche Instabilität in Afrika zu bekämpfen. […]Allerdings muss Europa auch liefern: bei der Bekämpfung der Fluchtursachen genauso wie beim Schutz der europäischen Außengrenzen und bei einem europäischen Einwanderungsgesetz. […]

Die Flüchtlinge, die in unserem Land ankommen und die eine langfriste Bleibe-Perspektive haben, müssen schnell integriert werden. Das kostet Geld, das kostet sogar viel Geld und dabei dürfen wir die Länder und Kommunen nicht alleine lassen, weil sie die Hauptlast tragen. Dafür müssen wir die Vereine und lokalen Initiativen stärken und sie mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten. […]

Mit mir wird es kein Europa-*Bashing* geben und deshalb empfinde ich es als Kompliment, dass mir Europakompetenz attestiert wird, denn die braucht man dringend, wenn man ins Kanzleramt einziehen will! Als Bundeskanzler werde ich daran mitwirken, dass dieses Europa besser, effizienter und bürgernäher wird. […]

Nach meinem Verständnis muss ein Bundeskanzler für die Alltagssorgen, für die Hoffnungen wie für die Ängste

aller Menschen nicht nur Verständnis, sondern tiefe Empathie empfinden. Sonst ist er oder sie fehl am Platz. Deshalb bewerte ich so manchen Angriff gegen mich - „der Europa- und Kommunal-Fuzzi, der noch nicht mal Abitur hat“ einfach nur als arrogant, elitär und total abgehoben. Die beste Antwort auf diese Attacken war in dieser Woche die Zustimmung der Menschen, die in die SPD eingetreten sind und die uns dadurch ihr Vertrauen geschenkt haben. […]

Wir Sozialdemokraten wollen den Laden voranbringen, weil in diesen Zeiten das taktische Auf-Sicht-Fahren und Herumlavieren einfach zu wenig ist. Denn wir könnten ambitionierter sein, um unser Land fit für die kommenden Jahrzehnte zu machen.

[…]. Es geht darum, für gute Löhne zu sorgen, denn sichere Jobs und gute Löhne sind die Grundbedingung für eine Rente, von der man später in Würde leben kann. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss dabei für alle Frauen und Männer gelten und gemeinsam mit den Tarifpartnern müssen wir die sozialen Berufe in der Pflege und Betreuung auch durch Lohnsteigerungen aufwerten. Hierfür sind starke Gewerkschaften und Betriebsräte zentral. […]

Es geht darum, die Familien und unsere Kinder zu stärken. Familie ist, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Krippen, Kitas und Ganztagsschulen sind für mich die Leuchttürme in unseren Städten und Gemeinden und nicht die Wolkenkratzer von globalen Finanzinstituten, die mit ihrer intransparenten Architektur einen zynischen Machtanspruch dokumentieren und zementieren wollen.

Es geht darum, für Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden zu sorgen, in dem wir genug Polizei auf die Straße bringen. Denn die Alltagskriminalität, die Wohnungseinbrüche und der Vandalismus führen zu einem Gefühl der Verunsicherung. Ich habe für dieses Gefühl Verständnis. […]

Es geht darum, gute Bildung auch dadurch zu ermöglichen, dass wir auf allen Ebenen so zusammenarbeiten, dass wir die gleichen Bildungschancen für alle ermöglichen. Bildung muss gebührenfrei werden, von der Kita bis zum Studium und dort wo Sozialdemokraten regieren, ist das auf einem guten Weg. […]

Es geht darum, endlich anzuerkennen, dass bezahlbarer Wohnraum in immer mehr Regionen zu einer zentralen sozialen Frage geworden ist und dass wir deshalb den Bau von erschwinglichen Wohnungen forcieren müssen und Mieterhöhungen begrenzen. Die Förderung von bezahlbarem Wohnraum war aber jahrelang als staatliches Almosen verpönt und Barbara Hendricks hat diesen falschen Ansatz nachhaltig beendet. […]

Und es geht darum, die Digitalisierung als Gestaltungsaufgabe zu begreifen, denn es ist ja absurd das ein Viertel der Menschen, die im ländlichen Raum leben, keinen oder nur schlechten Zugang zum Internet haben. Die Digitalisierung ist eine wichtige Grundlage für Innovation und Dynamik und sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir gestalten müssen. […]

Ich möchte in diesem Jahr Wahlen gewinnen: Jeder spürt es: Es geht ein Ruck durch die SPD, es geht ein Ruck durch das ganze Land. Wir wollen diese Aufbruchstimmung nutzen. Ich möchte mit euch und mit Ihnen in diesem Jahr zusammen einen spannenden Wahlkampf führen. […] Also lasst uns anpacken und unser Land gerechter machen und das mutlose „Weiter-So“ beenden. Mit Ihrer und mit Eurer Hilfe, ist das möglich.

Geschlossen gegen den Terrorismus

Konkrete Maßnahmen gegen Gefährder

Im Dezember verübte der Islamist Anis Amri mit einem gekaperten LKW einen Terroranschlag auf den Berliner Breitscheidplatz. In der ersten Sitzungswoche Mitte Januar debattierte der Bundestag in einer Aktuellen Stunde über die politischen Konsequenzen.

Im Zentrum der Debatte standen Vorschläge von Bundesjustizminister **Heiko Maas** und Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** zum Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Dazu zählen Maßnahmen zur Abschiebehaft für sogenannte Gefährder, zur Ausweitung der Nutzung elektronischer Fußfesseln, zur Residenzpflicht für Asylbewerber, die über ihre Identität täuschen, sowie zur Verlängerung des Ausreisegewahrsams.

Konkrete Maßnahmen:

Abschiebehaft: Bislang durften Ausländer nur dann inhaftiert werden, wenn sie nicht innerhalb von drei Monaten abgeschoben werden können. Da aber die Heimatländer die Rücknahme oft verweigern, sollen die Hürden hier verringert werden.

Außerdem planen die Minister einen weiteren Haftgrund: „erhebliche Gefahr für die Sicherheit Deutschlands."

Überwachung: Künftig sollen elektronische Fußfesseln auch vor einer Verurteilung bei Personen erlaubt sein, die von den Behörden als „Gefährder" identifiziert wurden und bei denen eine konkrete Gefahr vorliegt, Menschenleben zu bedrohen. Nach der Haft gilt das grundsätzlich bei solchen extremistischen Straftätern, die wegen besonders schwerer Vergehen verurteilt wurden. „Gefährder" ist ein Arbeitsbegriff der Polizeien, es ist kein Rechtsbegriff. Die SPD-Fraktion dringt darauf, den Begriff gesetzlich und einheitlich zu definieren.

Residenzpflicht: Bei Asylbewerbern, die die Behörden über ihre Identität täuschen, soll eine verschärfte räumliche Beschränkung angeordnet werden können.

Rücknahmeabkommen: Wenn Herkunftsländer sich bei der Rücknahme von Ausreisepflichtigen querstellen, soll Deutschland den Druck erhöhen können. Auf welche Weise das konkret passiert, wird gegenwärtig verhandelt.

Heiko Maas hatte im Rechtsausschuss erläutert, dass die Ermittlungen nach möglichen Hintermännern und Unterstützern von Anis Amri weiter liefen. Im Wesentlichen gehe es aber um die Frage: Hätte die Tat verhindert werden können. Auf Grundlage einer Chronologie behördlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit Amri, die den Abgeordneten und auch der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, werde nun analysiert, ob Fehler gemacht wurden. Dabei warnte Maas vor voreiligen Schlüssen aufgrund des heutigen Kenntnisstandes.

Die Fraktionsspitzen von SPD und Union haben sich darauf verständigt, diese Fragen zunächst von einer Task Force (Ermittlergruppe) des Parlamentarischen Kontrollgremiums aufklären zu lassen. Das Gremium kontrolliert die Nachrichtendienste des Bundes. Ergebnisse werden in rund vier Wochen erwartet.

Im Bundestag sagte Minister Maas den Opfern und Hinterbliebenen weiter schnelle Unterstützung zu (unter anderem aus dem Härtefallfonds des Bundes) und machte deutlich: „Wir werden alles tun, dass sich ein Fall Amri nicht wiederholen kann." Das beste Mittel gegen Terroristen sei der wehrhafte Rechtsstaat.

Maas betonte die immense Bedeutung der Präventionsarbeit, denn allein mit Repression lasse sich die Terrorgefahr nicht bannen. Es sei wichtig, mit den rechtstreuen Moscheevereinen enger zusammenzuarbeiten; mit denjenigen, die radikalisieren, aber auch kurzen Prozess zu machen: Schließen!

Handlungsspielräume von Gefährdern einschränken

Burkhard Lischka, der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, mahnte zu Geschlossenheit und sagte: „Lautstärke ist nicht immer ein Zeichen von Stärke." Lischka ging vor allem auf die Bedrohung durch Gefährder ein und stellte klar, dass deren Handlungsspielräume eingeschränkt werden müssten. Für ihn steht auch fest: Gefährder, die abgeschoben werden sollen, müssen bis zur Abschiebung in Abschiebehaft.

25 Jahre "Topographie des Terrors"

Der Pressesprecher des NS-Dokumentationszentrums **Kay-Uwe von Damaros** überreichte **Martin Dörmann** die Erstausgabe der aktuellen Briefmarke zum Jubiläum. An der Auswahl des grafischen Entwurfes war dieser als Mitglied im Kunstbeirat des Bundesfinanzministeriums selbst beteiligt. Eine wichtige Einrichtung, die zu Recht gewürdigt wurde.

Große Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion für Martin Schulz

Der designierte Kanzlerkandidat riss mit seiner Rede in der Fraktion nach Bekanntgabe seiner Kandidatur alle mit. Er sehe die SPD als Bollwerk der Demokratie und wolle in schwierigen Zeiten den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern. Martin Dörmann: „Ich kenne Martin Schulz seit über zwei Jahrzehnten. Er vereint klare Haltung, Glaubwürdigkeit, Gestaltungswille und die Fähigkeit, Menschen anzusprechen. Klasse, dass er antritt."

Wechsel auf der Regierungsbank

Sigmar Gabriel neuer Außenminister, Brigitte Zypries Wirtschaftsministerin

Der bisherige Bundesminister für Wirtschaft und Energie **Sigmar Gabriel** ist neuer Außenminister. **Brigitte Zypries**, bis jetzt Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, übernahm das Amt der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Ihr Nachfolger als Parlamentarischer Staatssekretär ist der SPD-Bundestagsabgeordnete und Wirtschaftsexperte **Dirk Wiese**.

Anlass für die Kabinettsumbildung ist das Ausscheiden von Bundespräsident **Joachim Gauck** am 20. März 2017. Er hatte eine zweite Amtszeit für sich ausgeschlossen. Als Kandidaten für die Nachfolge hat die Koalition **Frank-Walter Steinmeier** nominiert, der deshalb sein Amt als Außenminister aufgab. Die Wahl des Bundespräsidenten findet am 12. Februar statt.

Interview mit Martin Dörmann

Zur Zukunft des öffentlichen-rechtlichen Rundfunk

Das nachfolgende Interview mit Martin Dörmann erschien in der Fachzeitschrift „promedia“ Nr. 1/2017

Die SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages hat sich in den zurückliegenden Monaten ausführlich mit einer Reform der Medien- und Kommunikationsordnung befasst. Dazu gehören auch die Strukturreformen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. In einem promedia-Gespräch kennzeichnet der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Martin Dörmann den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als „Ankerpunkt, um gesellschaftliche Debatten zu ermöglichen und zu beleben.“ Dörmann fordert, dass der Telemedienauftrag zeitgemäßer, entwicklungsoffener und vor allem nutzerfreundlicher ausgestaltet werden sollte. Allerdings dürften damit private Angebote nicht gefährdet werden. Der Wettbewerb zwischen ARD und ZDF sollte „noch deutlicher wahrnehmbar werden.“

promedia: Herr Dörmann, die SPD-Fraktion befasst sich intensiv mit der digitalen Medienordnung. Welchen Platz hat darin der öffentlich-rechtliche Rundfunk?

Dörmann: Der Einfluss von Medien und insbesondere des Internets auf gesellschaftliche Entwicklungen und politische Entscheidungen nimmt ständig zu. Zugleich wächst das Bedürfnis nach Einordnung der vielen Informationen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk leistet einen ganz wesentlichen Beitrag für unabhängigen Journalismus, pluralistische Meinungsbildung sowie Vielfalt. Er ist deshalb auch in der digitalen Welt unverzichtbar.

promedia: Wie würden Sie in drei Sätzen das Konzept der SPD für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschreiben?

Dörmann: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat weiterhin eine hohe Relevanz für ein breites, nachhaltiges Qualitätsangebot und den demokratischen Diskurs. Hochwertige Produktionen und unabhängige Informationen gehören zu seinem Markenkern. Diese Kompetenz gilt es zu bewahren und, wo möglich, weiter zu stärken – gerade auch im Hinblick auf verändertes Nutzungsverhalten.

promedia: Worin sehen Sie in der digitalen Welt seine wichtigste Aufgabe?

Dörmann: Das Internet bietet vielfältige Angebote, die sich aber oft in einer Unübersichtlichkeit verlieren. Und die Unterscheidung zwischen gut recherchierten Informationen und Fake-News wird immer schwieriger. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk genießt eine hohe Glaubwürdigkeit und kann ein Ankerpunkt sein, um gesellschaftliche Debatten zu ermöglichen und zu beleben. Dies gilt insbesondere für die jüngeren Generationen, die noch sehr viel stärker als die älteren ihre Informationen aus dem Internet beziehen.

promedia: Diese Medienwelt verändert sich schnell. Welche Konsequenzen hat das für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Dörmann: Der Wettbewerb um Aufmerksamkeit hat sich durch digitale Medien stark beschleunigt. Ansprüche an Inhalte, Nutzerfreundlichkeit und Geschwindigkeit haben zugenommen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss dem gerecht werden, um seinen Funktionsauftrag zu erfüllen. Bewährte Angebote sind in die crossmediale Mediennutzung zu überführen. Und im Onlinebereich sollten neue, attraktive Angebote entstehen.

promedia: Wie müssen sich die Rahmenbedingungen verändern, damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch künftig seiner Aufgabe gerecht werden kann?

Dörmann: Wie eine zukunftsgerichtete Ausgestaltung des Auftrages unter Wahrung der Programmautonomie erfolge sollte, werden die Diskussionen der nächsten Monate zeigen. Wir sind ja erst am Anfang der Debatte. Nicht ohne Grund haben die Länder zunächst die Rundfunkanstalten aufgefordert, bis Ende September 2017 ein weiterentwickeltes Konzept vorzulegen. Schließlich haben diese hier sowohl eine besondere Kompetenz als auch Verantwortung. Aufgabe der Politik wird dann sein, die Reformvorschläge zu bewerten und rechtliche Rahmenbedingungen soweit notwendig und sinnvoll anzupassen. Letztlich geht es darum, zeitgemäße Strukturen und Inhalte zu definieren, um die Akzeptanz, Qualität und Reichweite des Angebotes langfristig zu sichern.

promedia: Die Medien haben an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz verloren. Auch am öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird Kritik geübt. Zu Recht?

Dörmann: Wer wollte grundsätzlich bestreiten, dass auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich verbessern könnte? Und selbstverständlich müssen sich ARD und ZDF Kritik offen stellen. Ob diese jeweils berechtigt ist, hängt immer vom Einzelfall ab. Allzu leichtfertige Pauschalkritik halte ich für falsch. Man stelle sich doch unsere aktuellen gesellschaftlichen Debatten einmal vor, wenn es keinen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gäbe. Gerade im internationalen Vergleich diskutieren wir hier auf hohem Niveau.

promedia: Die sozialen Netzwerke sind aufgrund von teilweise vorhandenem Hass und Lügen in die Kritik geraten. Sollten öffentlich-rechtliche Angebote hier präsenter sein, um ein Gegengewicht zu bilden?

Dörmann: Jedenfalls zeigen die sehr bedenklichen Entwicklungen, wie wichtig ein wirtschaftlich unabhängiges Medienangebot ist. Die sozialen Netzwerke sind ja privatwirtschaftliche Unternehmen, die einen erheblichen Einfluss auf die Öffentlichkeit haben - mit ganz eigenen Regeln, Vor- und Nachteilen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss mit seinen Angeboten dort präsent sein. Man würde ihn aber überfordern, wenn man die Erwartung hätte, er könne hier alle Fehlentwicklungen abwenden. Das ist letztlich eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

promedia: Inwieweit müsste sein Auftrag verändert werden?

Dörmann: Der Telemedienauftrag sollte zeitgemäßer, entwicklungsoffener und vor allem nutzerfreundlicher ausgestaltet werden. Gerade in einer Zeit zunehmend individualisierter und non-linearer Nutzergewohnheiten erscheinen insbesondere die rigiden Tagesregelungen für die Mediatheken überkommen.

promedia: Ist es noch zeitgemäß, dass es für die Online-Welt überhaupt noch Barrieren gibt?

Dörmann: Es gilt, eine Balance zu wahren. Einerseits muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk verstärkt online präsent sein, sonst würde er seinem Versorgungsauftrag nicht gerecht werden können. Da er beitragsfinanziert ist und viele private Online-Angebote, etwa von Zeitungsverlagen, noch keine schwarzen Zahlen schreiben, darf dies aber nicht völlig grenzenlos erfolgen. Das könnte sonst auch negative Auswirkungen auf Medienvielfalt haben. Es ist allerdings schwierig, ganz klare Abgrenzungskriterien zu formulieren. Man muss sich herantasten. Am besten wäre es, die Beteiligten würden gemeinsam einen Weg entwickeln, der auch im Online-Bereich durch ein Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Medienanbietern Medienvielfalt gewährleistet.

Promedia: Drei renommierte Medienrechtler haben jüngst ein Gutachten vorgelegt, das die Entwicklung von ARD und ZDF „in der Cloud“ beschreibt. Danach sollen die Sender im Internet auch Programme anbieten können, die unabhängig von den linearen Programmen sind, also ein eigenständiges Online-Angebot. Würden Sie das befürworten?

Dörmann: In dem gerade skizzierten Rahmen und vom Grundsatz her: Ja! Technisch und aus Nutzersicht verschwinden die Grenzen zwischen linearen und nonlinearen Angeboten zunehmend. Um in der Onlinewelt erfolgreich zu sein, muss man passgenaue Angebote entwickeln. Mit dem neuen Jugendangebot „funk“ von ARD und ZDF werden ja schon erste Schritte in diese Richtung unternommen. Wie genau der Telemedienauftrag weiterentwickelt werden soll, ist jedenfalls eine zentrale Fragestellung.

promedia: Über die Höhe des Rundfunkbeitrages entscheiden die KEK und die Länder. Die Länder setzen sich für eine weitgehende Beitragsstabilität ein. Halten Sie das für eine richtige Strategie?

Dörmann: Die Länder sehen in der Beitragsstabilität eine Voraussetzung dafür, eine breite und dauerhafte Akzeptanz des Rundfunkbeitrags zu gewährleisten, auch in den Landesparlamenten. Das ist sicher nicht ganz falsch. Andererseits ist die Anerkennung und Relevanz der öffentlich-rechtlichen Sender aber natürlich vor allem von deren Angebotsqualität abhängig. Die muss in erster Linie stimmen. Wenn Preise steigen und attraktive Angebote crossmedial zur Verfügung gestellt werden sollen, kann man eine Beitragssteigerung nicht für alle Zeiten ausschließen. Sonst beraubte man den öffentlich-rechtlichen Rundfunk seiner Entwicklungsfähigkeit. Ich sehe aber noch erhebliche Effizienzreserven. Deshalb kann der nun entstandene politische Kostendruck dazu beitragen, überfällige Synergiemöglichkeiten wahrzunehmen, überkommene Strukturen aufzubohren und eine belebende Dynamik für innovative Programmangebote auszulösen.

promedia: Um den Beitrag möglichst langfristig stabil zu halten, sollen auch die Strukturen verändert werden. Ist unter diesen Umständen nicht auch ein Vorschlag überlegenswert, langfristig ARD und ZDF zu vereinigen und damit **einen** starken öffentlich-rechtlichen Sender zu haben?

Dörmann: Der Sinn zweier großer öffentlich-rechtlicher Sender liegt im journalistischen Wettbewerb unterschiedlicher Angebote. Der könnte gerne noch deutlicher wahrnehmbar werden. Ein Nebeneinander von ARD und ZDF schließt Kostenoptimierungen keineswegs aus, wenn jeweils die richtigen Reformen angepackt werden. Gerade die Entscheidungsprozesse der ARD als Vielsenderanstalt erscheinen nicht mehr zeitgemäß. Und die Kooperation zwischen ARD und ZDF muss deutlich ausgeweitet werden. Es liegt nun an den Sendern, der Aufforderung der Länder nachzukommen und Reformvorschläge vorzulegen. Sie sollten einen Dreiklang gewährleisten: Kosteneffizienz, Strukturoptimierung und vor allem: eine zeitgemäße programmliche Weiterentwicklung, die Vielfalt stärkt.

Bilanzbroschüre der SPD-Bundestagsfraktion

Gesagt. Getan. Gerecht. In dieser Wahlperiode hat die SPD wichtige Fortschritte erreicht, die den Alltag der Menschen spürbar verbessern:

Es wurden der Mindestlohn und bessere Renten durchgesetzt, für mehr BAföG, Kindergeld und Kitaplätze gesorgt, ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden geschafft und erstmals verbindliche Regeln für Integration verankert. Gleichzeitig werden Milliarden in den sozialen Wohnungsbau investiert, in Verkehrswege, Breitbandausbau, Klimaschutz und gute Bildung.

Die Broschüre ist weiterhin online abrufbar:

www.spdfraktion.de/system/files/documents/spdbf-bilanz-2016-web.pdf

Zur Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump

Drei Fragen an SPD-Fraktions-Vize Rolf Mützenich

Was bedeutet die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten für uns in Deutschland und Europa?

Die transatlantischen Beziehungen stehen offenbar vor historischen Veränderungen, deren Tragweite noch nicht abzusehen ist. Die jüngsten Interview-Äußerungen von Donald Trump sind eine politische Kampfansage an Europa und damit auch an Deutschland. Seine Wortwahl verrät, dass er keine Vorstellung von der friedenspolitischen Dimension der europäischen Einigung hat, die vor 60 Jahren mit den Römischen Verträgen begründet wurde. Er betrachtet die EU ausschließlich durch die Brille eines Geschäftsmannes und damit als Handelskonkurrent der USA! Mehr noch, er bedient das Narrativ der europäischen Rechtspopulisten, indem er behauptet, die EU sei von Deutschland dominiert.

Kurzum, seine bisherigen Einlassungen stellen die Europäische Union und das Friedensprojekt Europa vor enorme Herausforderungen. Unsere Antwort darauf kann nur lauten, dass wir gemeinsam in Europa die notwendigen Antworten entwickeln und vertreten müssen, um im Verhältnis mit und zu den USA zu bestehen.

Donald Trump hat in einem Interview die NATO für „obsolet“ erklärt. Wie bewerten Sie diese Aussage?

Trumps Aussagen sowohl zur NATO als auch zu anderen Themen sind teils frei von Sachkenntnis, teils komplett widersprüchlich, wie im Falle der NATO. Während er am Anfang des Satzes, die NATO für abgenutzt und verbraucht (Englisch: „obsolete“) erklärt, beendet er ihn mit den Worten, dass ihm „die NATO aber sehr wichtig“ sei. Mehr Widersprüchlichkeit geht nicht.

Auch im Bereich der transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird es darauf ankommen, eine gemeinsame Haltung zur Zukunftsfähigkeit der NATO zu konsentieren. Immerhin war und ist sie über viele Jahrzehnte der Eckpfeiler deutscher und europäischer Sicherheit.

Was sind die wichtigsten Themen, denen sich der Präsident Trump widmen sollte?

Es geht weniger um wichtige Themen, denen sich der US-amerikanische Präsident widmen sollte. Es geht vielmehr darum, dass er sich überhaupt erst einmal sachkundig machen sollte, statt im Twitter-Format unausgegorene politische Statements abzugeben.

Der amerikanische Präsident hat nicht zuletzt aufgrund seiner großen Machtfülle die moralische und politische Pflicht, die politische Tragweite seiner Äußerungen und seines Handelns zu bedenken.

Frank-Walter Steinmeier ist stolzer Träger des Ordens des Porzer Dreigestirns. Im Nachgang zu dessen Bundestagsvisite hatte Martin Dörmann die ehrenvolle Aufgabe übernommen, den Orden zu überreichen. Damit bedankte sich das Dreigestirn für die persönlichen Grüße Steinmeiers zum Besuch. Wenn man so will, eine seiner letzten „Amtshandlungen“ als Außenminister.

Gerechtere Steuern, mehr für Familien und höhere Sicherheit

Am 12. und 13. Januar kam die SPD-Bundestagsfraktion im Berliner Reichstagsgebäude zusammen, um über die allgemeine politische Lage zu sprechen und ihre weiteren politischen Vorhaben zu beraten. Gast war am ersten Tag der Präsident des Bundeskriminalamtes **Holger Münch**. Mit ihm diskutierten die Abgeordneten über wirksame Schritte für mehr öffentliche Sicherheit. Am zweiten Tag war DGB-Chef **Reiner Hoffmann** Gast zum Thema soziale Gerechtigkeit.

SPD-Fraktionschef **Thomas Oppermann** sagte, Deutschland müsse „gerechter und sicherer werden“. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstütze ausdrücklich die Maßnahmen, auf die sich Bundesjustizminister **Heiko Maas** (SPD) und Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** (CDU) am 10. Januar 2017 geeinigt haben. Sie müssten nun zügig gesetzlich beschlossen werden. Als Beispiel nannte er die mögliche Haft für ausreisepflichtige Gefährder. Oppermann weiter: „Sicherheit und Gerechtigkeit gehören zusammen, der Staat muss seine Regeln für alle durchsetzen.“

Gemeinsam mit DGB-Chef Hoffmann warb Oppermann für mehr Investitionen in Bildung und Digitalisierung. Dafür müssten die Überschüsse in der noch laufenden Wahlperiode eingesetzt werden. „Wir sehen in der nächsten Wahlperiode Spielraum, die unteren und mittleren Einkommen zu entlasten“, fügte Oppermann hinzu. Das sei wirtschaftspolitisch vernünftig für die Binnennachfrage als zweite Stütze der Konjunktur neben der Exportwirtschaft. Zudem werde dadurch mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen.

Oppermann bekräftigte: „Viele Menschen glauben, dass es nicht mehr gerecht zugeht“, mit ihren Beschlüssen stärke die SPD-Fraktion die Gerechtigkeit, sagte Thomas Oppermann. „Wir wollen den Menschen das Gefühl geben, dass sie Teil des Gemeinwesens sind.“

Sicherheit und Gerechtigkeit – dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion acht Beschlüsse mit konkreten Forderungen verabschiedet.

Im Einzelnen:

- Konsequenzen aus dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt
- Initiative 2017 für Steuergerechtigkeit – gegen Steuerbetrug, Steuervermeidung und Steuerdumping
- Maß und Mitte bei Managergehältern und Boni wiederherstellen
- Gute Zeiten für Familien
- Recht auf befristete Teilzeit umsetzen – Rückkehrrecht auf befristete Vollzeit ermöglichen
- Die Zeit ist reif – Kinderrechte ins Grundgesetz
- Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken
- Recht haben und Recht bekommen – Musterverfahren möglich machen

Treibende Kraft für Gerechtigkeit: Am zweiten Tag der Klausur fasst die SPD-Fraktion entsprechende Beschlüsse. Thomas Oppermann, Sigmar Gabriel und als Gast DGB-Chef Reiner Hoffmann (mitte) betonten die großen Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Gewerkschaften: für gute Arbeit, faire Löhne und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Beschlüsse im Überblick

Ein handlungsfähiger Staat, der verlässlich für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit sorgt – das war zentrales Thema der turnusmäßigen Jahresauftaktklausur der SPD-Bundestagsfraktion. Die Fraktion hat dazu Beschlüsse gefasst. Hierzu ein Überblick:

„Konsequenzen aus dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt“

Der Rechtsstaat muss den terroristischen Bedrohungen entschlossen entgegentreten. Dabei beginnen wir nicht bei Null. Wichtige Gesetzesänderungen und verschärfte Sicherheitsmaßnahmen haben wir bereits beschlossen. Aber wir sind dagegen, auf die aktuelle Lage ausschließlich mit verschärften Sicherheitsgesetzen zu reagieren. Wir wollen einen starken Staat, der den Schutzanspruch für alle Bürger durchsetzt. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt deshalb eine Querschnittsarbeitsgruppe ‚Öffentliche Sicherheit und Prävention‘ ein. Wir wollen eine Offensive gegen den Islamismus und Salafismus mit mehr Prävention verbinden. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt ausdrücklich die Maßnahmen, auf die sich Bundesjustizminister **Heiko Maas** und Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** am 10. Januar 2017 geeinigt haben.

„Initiative 2017 für Steuergerechtigkeit – gegen Steuerbetrug, Steuervermeidung und Steuerdumping“

Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Die SPD-Bundestagsfraktion will noch in dieser Legislaturperiode Einkommen aus Kapital und Arbeit steuerlich gleichstellen. Dazu wollen wir die Abgeltungssteuer zügig abschaffen. Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche sind nicht allein Straftaten, sondern gravierende Verstöße gegen Steuergerechtigkeit. Daher treten wir unter anderem dafür ein, dass Steuerhinterziehung später verjährt. Wir werden außerdem das steuerliche Bankgeheimnis abschaffen und eine Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle einführen. Auch innerhalb Deutschlands darf es keine Steueroasen geben. Wir wollen, dass alle Bundesländer ihre Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell vernünftig aufstellen.

„Maß und Mitte bei Managergehältern und Boni wieder herstellen“

Löhne und Gehälter müssen gerecht und nachvollziehbar sein. Dazu braucht es klare Regelungen. Personalabbau und Missmanagement sind keine Leistungen, die mit einem Bonus honoriert werden dürfen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich daher unter anderem dafür ein, die steuerliche Absetzbarkeit von variablen Vorstands- und Managergehaltsbestandteilen auf maximal 500.000 Euro pro Jahr zu begrenzen. Versorgungsleistungen sollen künftig über die gesetzlichen Rentenversicherungsbeiträge hinaus nicht weiter steuerlich abzugsfähig sein. Außerdem wollen wir eine gesetzliche Regelung, wonach variable Vergütungen bei regelwidrigem Verhalten oder Schlechtleistung einbehalten oder zurückgefordert werden können.

„Gute Zeiten für Familien“

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Rahmenbedingungen für Familien weiter verbessern. Mit einer Familienarbeitszeit und einem ergänzenden Familiengeld wollen wir eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile erreichen. Ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern und eine schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren sollen beste Start- und Bildungschancen für alle Kinder sicherstellen. Darüber hinaus planen wir einen Familientarif im Steuerrecht, der Kinder unabhängig von der Lebensform der Eltern berücksichtigt. Ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld soll die finanzielle Ausstattung gerade von ärmeren Familien deutlich verbessern. Für Alleinerziehende werden wir den bereits beschlossenen Ausbau des Unterhaltsvorschusses umsetzen.

„Recht auf befristete Teilzeit umsetzen – Rückkehr zur Vollzeit ermöglichen“

Um für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Übergänge zwischen Vollzeit- und Teilzeitphasen zu erleichtern, wollen wir einen Anspruch auf Befristung der Teilzeit einführen, um eine Rückkehr zur ursprünglichen Arbeitszeit zu ermöglichen. Dieses Vorhaben ist auch im Koalitionsvertrag verankert. Bundesarbeitsministerin **Andrea Nahles** hat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, den die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt. Wir gehen davon aus, dass wir mit CDU/CSU die parlamentarische Beratung zügig auf den Weg bringen können.

„Die Zeit ist reif – Kinderrechte ins Grundgesetz“

Kinderrechte gehören als Grundrechte ins Grundgesetz, denn die Regelungen im Grundgesetz sind die Basis unseres gesamten Rechtssystems. Im Grundgesetz verankerte Kinderrechte stärken die Rechte und Interessen von Kindern und Familien gegenüber dem Staat. Die SPD-Bundestagsfraktion will noch in dieser Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg bringen. Wir fordern unseren Koalitionspartner auf, dieses Vorhaben zu unterstützen.

„Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken“

Um Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter auf den Weg zu bringen, muss die Union ihre seit April 2016 dauernde Blockade aufgeben. Das von Bundesjustizminister Heiko Maas vorgelegte zweite Mietrechtsnovellierungsgesetz muss kommen. Wir wollen die Mietpreisbremse durch eine Offenlegungspflicht des Vermieters über die Vormiete verbessern. Der Mietspiegel soll rechtsicherer gestaltet werden, der Zeitraum für eine zulässige Mieterhöhung voll von drei auf vier Jahre gestreckt werden. Außerdem wollen wir die Definition des Eigenbedarfs gesetzlich klarstellen. Nicht nur die Mieten steigen, auch der Erwerb von Wohneigentum wird immer teurer. Das Bestellerprinzip bei Maklergebühren soll künftig auch beim Verkauf einer Immobilie oder eines Grundstücks gelten. Wir werden Familien und Normalverdiener bei weiteren Nebenkosten, die beim Erwerb einer Immobilie anfallen, entlasten.

„Recht haben und Recht bekommen – Musterverfahren möglich machen“

Wenn Banken, Energieversorger und Versicherungen Kunden bei Vertragskündigungen gängeln oder unverhältnismäßige Gebühren erheben, dann besteht Handlungsbedarf. Wir brauchen die Musterfeststellungsklage, damit Verbraucherorganisationen die Möglichkeit haben, Verbraucherrechte wirksam und auf Augenhöhe vor Gericht durchsetzen können. Im Musterverfahren, das in einem elektronischen Klageregister öffentlich bekannt gemacht wird, können zentrale Streitfragen vorab verbindlich geklärt werden. Betroffene können sich so jederzeit umfassend informieren. Wer Recht hat, soll auch Recht bekommen.

Zum Abschluss eines inhaltsreichen ersten Tages traf sich die Fraktion zum geselligen Abend im Museum für Naturkunde, dem wohl „besten Dinosauriermuseum der Welt“ (CNN). Auf dem Foto stoßen auf ein gutes Jahr 2017 an: Martin Dörmann, Bernhard Daldrup, Sigmar Gabriel und Cansel Kiziltepe.

Beschlussdokumentation

Nachfolgend dokumentieren wir einzelne Beschlüsse im Wortlaut:

Konsequenzen aus dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt

Der furchtbare Anschlag am 19. Dezember 2016 auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz war auch ein Angriff auf unsere Art zu leben, unsere Freiheit und unsere westlichen Werte. Er zielte auf das Fundament, auf dem unsere freiheitliche und offene Gesellschaft steht.

Terroristische Attentäter wollen ein Klima der Angst und Bedrohung schaffen und unsere Gesellschaft einschüchtern. Der Rechtsstaat muss diesen Bedrohungen entschlossen, aber besonnen entgegentreten. Dabei beginnen wir nicht bei null. Auch in dieser Wahlperiode haben wir wichtige Gesetzesänderungen und verschärfte Sicherheitsmaßnahmen beschlossen. Der Fall Amri zeigt, dass weitere Konsequenzen notwendig sind.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist dagegen, auf die aktuelle Lage ausschließlich mit verschärften Sicherheitsgesetzen zu reagieren. Wir haben einen umfassenderen Ansatz: Sicherheit und Gerechtigkeit gehören zusammen. Es gibt keine Gerechtigkeit ohne Sicherheit. Und es gibt keine Sicherheit ohne Gerechtigkeit. Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten. Wir wollen einen starken Staat, der den Schutzanspruch für alle Bürger durchsetzt. Und wir wollen Gerechtigkeit für alle Bürger.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt deshalb eine Querschnittsarbeitsgruppe „Öffentliche Sicherheit und Prävention“ ein. Wir wollen eine Offensive gegen den Islamismus und Salafismus mit mehr Prävention verbinden.

Bundesjustizminister Heiko Maas und Bundesinnenminister de Maizière haben sich am 10. Januar 2017 auf einige Maßnahmen geeinigt. Diese begrüßen wir als SPD-Bundestagsfraktion ausdrücklich.

Folgende Maßnahmen wollen wir möglichst bald im parlamentarischen Verfahren umsetzen:

Konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Gefährder

1. Vollziehbar ausreisepflichtige Gefährder müssen so schnell wie möglich abgeschoben werden. Um die Abschiebung zu sichern, müssen sie gegebenenfalls in Abschiebehaft genommen werden. Wir stellen rechtlich klar, dass Abschiebehaft dann möglich ist, wenn von dem Ausländer eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eine terroristische Gefahr ausgeht.
2. Abschiebungen dürfen künftig nicht mehr an rein bürokratischen Hindernissen wieder fehlenden Mitwirkung der Herkunftsländer scheitern. Wir regeln die Gefährderhaft neu und erleichtern sie. Wir schärfen die Rechtsgrundlage und sorgen dafür, dass die Abschiebehaft-die bereits jetzt bis zu 18 Monaten verhängt werden kann-auch dann angeordnet werden kann, wenn die Abschiebung nicht innerhalb der nächsten drei Monate durchgeführt werden kann, weil der Herkunftsstaat die Papiere für den Abzuschiebenden nicht beibringt. Wenn wir dazu beitragen wollen, dass die Akzeptanz für Zuwanderung erhalten bleibt, müssen wir unser Aufenthaltsrecht durchsetzen.
3. Die Bundesregierung muss zudem die Herkunftsländer stärker in die Pflicht nehmen, mit denen wirksame Rücknahmeabkommen geschlossen werden. Hier ist vor allem der Bundesinnenminister am Zug. Dazu muss auch politischer und wirtschaftlicher Druck ausgeübt werden.
4. Um den Vollzug der Abschiebung jenseits der Abschiebehaft zu sichern, verlängern wir den Ausreisegewahrsam auf zehn Tage.
5. Eine präzise gesetzliche Definition von Gefährdern halten wir für sinnvoll.

Behörden besser ausstatten

Wir brauchen personell deutlich stärker ausgestattete Sicherheitsbehörden, die in der Lage sind, das größtmögliche Maß an Sicherheit zu gewährleisten. Eine gute Polizei braucht zudem die beste Ausbildung und moderne Ausrüstung. Nur so können die Sicherheitsbehörden optimal auf aktuelle Entwicklungen reagieren. Die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheits-, den Ausländer-und den Sozialbehörden muss noch weiter verbessert werden.

Umgang mit nicht-ausreisepflichtigen Gefährdern

1. Gefährder und bereits verurteilte Extremisten müssen besonders im Blick behalten werden. Wir werden die „elektronische Fußfessel „nach der Haft grundsätzlich bei solchen extremistischen Straftätern einführen, die wegen schwerer Vergehen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, der Terrorismusfinanzierung oder der Unterstützung terroristischer Vereinigungen verurteilt wurden.
2. Die Fußfessel soll auch für Gefährder, bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine konkrete Gefahr gewichtiger Rechtsgüter vorliegen, auch vor einer möglichen Verurteilung zum Einsatz kommen. Dazu schaffen wir die notwendigen gesetzlichen Grundlagen.
3. Neben einer Regelung zur Ausweitung der Videoüberwachung an privaten Orten wie Fußballstadien und Einkaufszentren, die demnächst ins parlamentarische Verfahren kommen wird, werden wir zudem die Überwachung mit Kameras auch von besonders gefährdeten öffentlichen Plätzen verstärken. Diese können für ein höheres Sicherheitsgefühl sorgen und bei der Aufklärung helfen.

Keine Toleranz für Identitätsverschleierungen im Asylverfahren

Bereits jetzt können im Rahmen eines beschleunigten Asylverfahrens Flüchtlinge, die bei der Klärung über ihre Identität nicht mitwirken, verpflichtet werden, bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag bzw. in bestimmten Fällen bis zur Ausreise in einer besonderen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen.

Künftig müssen die Behörden in Fällen der Identitätstäuschung eine Residenzpflicht anordnen können, bis die Identität festgestellt ist.

Prävention

Wir setzen auf eine Kombination aus vorbeugenden Maßnahmen, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Stärkung von Polizei, Nachrichtendiensten und Justiz – und konsequenter Ahndung von Gesetzesverstößen. Besonders wichtig ist es, Radikalisierungen präventiv im Vorfeld zu verhindern. Wir müssen extremistische islamistische Moscheen schließen und ihre Finanzierung von vornherein unterbinden. Die Zusammenarbeit mit friedlichen Moscheegemeinden wollen wir deutlich ausbauen. Wir wollen mehr Jugendarbeit in Flüchtlingsunterkünften ermöglichen und in den sozialen Netzwerken gegen ideologische Propaganda europaweit eine Gegenoffensive starten.

Die Prävention wollen wir ausweiten und verstetigen. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im Bundesprogramm Demokratie leben! auf über 100 Mio. Euro mehr als verdreifacht. Dieses Präventionsprogramm des Bundes fördert besonders kommunale, regionale aber auch überregionale Projekte, die sich in der Demokratieförderung und der Extremismusprävention engagieren, und bildet einen wichtigen Beitrag gegen Extremismus und für mehr Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in unserem Land.

Diesen Weg der aktiven Prävention werden wir weiter verfolgen. Bestehende Projekte müssen bundesweit besser koordiniert und verzahnt werden. Darum werden wir mit einem Demokratiefördergesetz des Bundes die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern und damit Nachhaltigkeit in der wichtigen Arbeit gegen Extremismus und Radikalisierung sichern.

Zusätzlich sind auch die Maßnahmen und Angebote, zur Berufsausbildung und zur beruflichen Integration einer großen Zahl junger Migrantinnen und Migranten im engen Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen mit der Wirtschaft auszubauen. Wir brauchen hierzu über die bisherigen Anstrengungen hinaus ein umfassendes erweitertes Konzept für das nächste Jahrzehnt, um einen Einstieg und Brücken in die Verhaltens-, Lern- und Arbeitskultur in unserem Land zu schaffen. Dabei ist klar: Bildung und Arbeit und geregeltes Einkommen können keine Garantie gegen Frustration, politische Radikalität und Kriminalität sein. Sie geben aber ohne Zweifel vielen jungen Migrantinnen und Migranten eine Perspektive, die sie für ihre Leben dringen brauchen.

Bessere Zusammenarbeit der Behörden in Europa

Auch innerhalb der Europäischen Union müssen wir die Zusammenarbeit der Sicherheits-, Ausländer- und Justizbehörden weiter intensivieren.

Zu diesem Zweck sollte nach dem Vorbild des „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums“ in Deutschland ein Anti-Terrorzentrum auf europäischer Ebene errichtet werden, in dem ein koordinierter und regelmäßiger Austausch der Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedsstaaten stattfindet. Die vorhandenen Datenbanken wie EuroDac müssen zwingend von allen genutzt, gepflegt und sinnvoll mit einander vernetzt werden. Hier gilt es, relevante Informationen zusammenzutragen, auszutauschen und gemeinsam zu analysieren. Zudem muss auch zur besseren Identifizierung zum Zweck der Rückführung auf EuroDac zugegriffen werden können.

Initiative 2017 für Steuergerechtigkeit - gegen Steuerbetrug, Steuervermeidung und Steuerdumping

Alle Staaten sind auf solide Einnahmen aus Steuern angewiesen. Sie investieren in Bildung, in Infrastruktur, in innere und äußerte Sicherheit durch Polizei und Justiz, in Kultur und in die sozialen Sicherungssysteme, in Deutschland vor allem Gesundheit und Rente. Nur ein handlungsfähiger Staat kann die Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch unsere Kinder und Enkel eine gute Zukunft in Deutschland haben.

Die Steuerpolitik der SPD-Bundestagsfraktion folgt zwei Grundsätzen:

Erstens einer fairen und gerechten Progression der Steuersätze, denn starke Schultern können mehr tragen als schwache. Wir streiten dafür, dass die Kluft zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinander driftet, sondern wieder geringer wird, damit unsere Gesellschaft weiterhin zusammenhält. Das trifft in Anbetracht der Einkommensverschiebungen der letzten Jahre insbesondere für Einnahmen aus leistungslosen Kapitalgewinnen und Erbschaften zu. Wir fordern deshalb, die steuerliche Ungleichbehandlung von Einkommen aus Kapital und Arbeit zu beenden.

Zweitens auf Steuergerechtigkeit. Jeder muss die Steuern, zu denen er verpflichtet ist, auch zahlen. Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche sind nicht allein Straftaten, sondern gravierende Verstöße gegen Steuergerechtigkeit und gegen den Anstand. Gleiches gilt für Steuerdumping zwischen Staaten. Sie sind kein Kavaliersdelikt oder akzeptables Wettbewerbsinstrument. Wir finden: Es darf nicht sein, dass die Ehrlichen die Dummen sind – und andere, die es können, sich ihrer Verantwortung entziehen und ihren Beitrag dazu verweigern, die soziale Gemeinschaft mit zu finanzieren.

Nicht nur Großkonzerne und multinationale Unternehmen, die in Steueroasen ausweichen oder Gewinne verschieben, handeln verantwortungslos. Sondern auch die Staaten und Regierungen, die durch Dumpingsteuersätze Unternehmen anlocken und anderen Staaten Einnahmen entziehen. Und diejenigen, die willfährig dabei helfen, Vermögen ins Ausland zu transferieren oder vermeintlich legale Gesetzeslücken zu finden, um Steuern zu vermeiden.

Die internationalen und europäischen Ansätze, Steuerbetrug und Steuervermeidung zu bekämpfen und den Wettlauf einiger Staaten um die niedrigsten Steuersätze einzuschränken, drohen zu versanden. Einige Staaten wie Japan oder der neu gewählte Präsident der USA stellen den automatischen Informationsaustausch und andere Vereinbarungen in Frage. Spezielle Steuergestaltungen, seien es Sonderregeln für große Unternehmen in Luxemburg („LuxLeaks“) oder Irland („Fall Apple“) oder Niedrigsteuersätze für Lizenzen und Patente in den Niederlanden oder teilweise gar keine Unternehmenssteuern wie in Panama und auf den Cayman Islands, gehen munter weiter. Sie untergraben jedoch die Solidarität der Staaten miteinander und untereinander. Besonders in der Europäischen Union: einige Mitgliedstaaten empfangen finanzielle Leistungen der Gemeinschaft, die die anderen bezahlen, weigern sich aber, selbst ausreichend Steuern zu erheben.

Statt gerechter einheitlicher Regeln, die Schlupflöcher stopfen, gibt es einen Trend zur Renationalisierung der Steuerpolitik, der ein Angriff auf das Gerechtigkeitsgefühl vieler ist. So haben die Regierungen Ungarns und Großbritanniens angekündigt, ihre Unternehmenssteuern weiter zu senken, andere wie Irland wollen sie auf niedrigstem Niveau belassen. Presseberichten zufolge vereinbaren andere – wie Luxemburg – ungehemmt weiter spezielle Ausnahmeregelungen für einzelne Unternehmen. Europäische Initiativen wie eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer, eine Bekämpfung des grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrugs oder eine Finanztransaktionssteuer werden von einzelnen Mitgliedstaaten systematisch blockiert oder verschleppt.

Der Schaden aus solcher Politik trifft letztlich alle, denn er gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Steuergerechtigkeit geht uns alle an. Deshalb fordern wir noch in dieser Legislaturperiode weitere entschlossene Maßnahmen.

Neue Initiativen in Deutschland

- Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode mit mehr Steuergerechtigkeit beginnen und Einkommen aus Kapital und Arbeit steuerlich gleichstellen. Dazu werden wir die Abgeltungsteuer zügig abschaffen. Mit Beginn des automatischen Informationsaustauschs am 1. Januar 2017 sind die wesentlichen Gründe für ihre Einführung entfallen. Wir fordern dazu zeitnah einen Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums.
- Wir werden das steuerliche Bankgeheimnis abschaffen und damit den Steuerhinterziehern ihre wichtigste inländische Verdunkelungsmöglichkeit entziehen.
- Wir werden eine Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle einführen. Missbräuchliche Anlagemodelle zur Steuerumgehung können somit schneller erkannt und die Steuerschlupflöcher schneller geschlossen werden.
- Wir werden die Verjährungsfristen bei Steuerhinterziehung verlängern.
- Wir wollen den Steuervollzug zunächst in Deutschland, in einem zweiten Schritt möglichst in der gesamten EU stärken. Dazu gehören bundesweit einheitliche Prüfungsstandards durch das Bundeszentralamt für Steuern, regelmäßige Betriebsprüfungen auch in Bezug auf Beteiligungen an Briefkastenfirmen sowie Steuerprüfungen bei Unternehmen und Vermögenden, die Beteiligungen und Geschäfte in Nicht-EU-Staaten unterhalten. Noch bestehende Hemmnisse für eine effektive Betriebsprüfung hinsichtlich der Beziehungen

inländischer Steuerpflichtiger zu Briefkastenfirmen sind zu beseitigen. Auch innerhalb Deutschland darf es keine Steueroasen geben. Wir wollen, dass alle Bundesländer - nach dem Vorbild NRW - ihre Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell vernünftig aufstellen. Nur so ist eine gleichmäßige Besteuerung innerhalb Deutschlands möglich.

- Wir werden den Katalog der schweren Steuerhinterziehung erweitern und damit die Strafverfolgung in diesen Fällen verschärfen.

Internationale und europäische Initiativen

Auf internationaler Ebene haben sich die Staats- und Regierungschefs auf dem G20Gipfel in Hangzhou in China am 4. und 5. September 2016 zu einer raschen und konsistenten Umsetzung der 15 Maßnahmen gegen Gewinnverkürzung und Gewinnvermeidung verpflichtet, die die OECD entwickelt hat (sog. BEPS-Initiative). Infolge der „Panama-Papiere“ verstärkt die G20 ihre Arbeiten zur Steuertransparenz und Identifizierung wirtschaftlich Berechtigter von Unternehmen. Als Ziel wurde vereinbart, bis 2017 eine Liste nicht-kooperativer Staaten und Sanktionsmöglichkeiten zu beschließen. Deutschland hat im Dezember 2016 die G20-Präsidentschaft übernommen und muss diese Initiativen vorantreiben und die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerdumping zu einer weiteren Priorität der Präsidentschaft machen.

- Die EU hat mit der Umsetzung der BEPS-Initiative durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken am 12. Juli 2016 begonnen. Mit dem Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung hybrider Steuergestaltungen setzt die Europäische Kommission diesen Weg konsequent fort. Das deutsche Bundesfinanzministerium hinkt dem entschlossenen Vorgehen der EU eher hinterher. Bisher wurden vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz bei der Besteuerung multinationaler Konzern, insbesondere die Einführung eines ersten Schritts zu länderspezifische Berichterstattung der Unternehmen (sog. Country-by-Country-Reporting) gegenüber den Finanzbehörden, vom Deutschen Bundestag beschlossen. Wir wollen hier nicht stehenbleiben und das gesamte Paket zeitnah umsetzen, damit Deutschland mit einem klaren Signal voranschreitet. Dabei wollen wir möglichst noch weitere Schritte in dieser Legislaturperiode gehen.
- Wir wollen die spezielle Begünstigung bestimmter Einkunftsarten, z.B. aus Lizenzen oder Patenten, als unfairen Wettbewerb verbieten, wenn sie dazu genutzt wird, dass internationale Unternehmen ihren Gewinne über die Grenze schaffen, um dort weniger Steuern bezahlen zu müssen.
- Und wir wollen darüber hinaus weiße Einkünfte vermeiden: Es kann nicht sein, dass durch unterschiedliche nationale Regelungen Einkünfte im Ergebnis in keinem der beteiligten Staaten besteuert bzw. Ausgaben doppelt abgezogen werden.
- Zudem müssen die Finanzminister der G20-Staaten durch ein konsequentes und abgestimmtes Vorgehen gegen Steueroasen durchsetzen, dass weitere Staaten kooperieren und diese internationalen Vereinbarungen unterzeichnen und umsetzen. Die „schwarze Liste“ muss zügig kommen, die Prüfkriterien müssen daher zeitnah angepasst und verschärft werden. Zentrale Ansatzpunkte sind umfassende Transparenz über Eigentumsverhältnisse bei Unternehmen und die Teilnahme am automatischen Informationsaustausch.
- Wir wollen Finanzanlagen in Offshore-Gebieten und anonyme Finanzgeschäfte mit Offshore-Gebieten verhindern. Dazu wollen wir europaweit Banken verpflichten, beim Zahlungsverkehr mit Staaten, die nicht am automatisierten Informationsaustausch teilnehmen, die Kontoinhaber und wirtschaftlich Berechtigten der Transaktion festzustellen. So erhöhen wir den Druck auf unkooperative Staaten. Europaweit sollen Banken, Anwalts- und Wirtschaftssozietäten, die im Massengeschäft Briefkastenfirmen und andere finanzielle Infrastrukturen in Offshore-Staaten schaffen oder zu errichten helfen, die für kriminelle Handlungen wie Steuerbetrug, Vermögensverbringung oder Geldwäsche genutzt werden können, diese Geschäfte wie bei Geldwäsche den Aufsichtsbehörden künftig melden müssen. Verstöße müssen mit harten Sanktionen geahndet werden.
- Wir brauchen endlich eine europäische Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung. Durch die Einführung einer gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage und von Mindeststeuersätzen muss der Steuerwettbewerb in geordnete Bahnen gelenkt werden. Ein erster Schritt ist eine einheitliche Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, die transparent ist und kontrolliert werden kann, am besten durch die Kommission. Diese hat dazu am 25. Oktober 2016 einen neuen Vorschlag vorgelegt, den die SPD-Fraktion unterstützt. Zugleich hat sie – für den zweiten Schritt – eine Richtlinie vorgeschlagen, die die gemeinsame Bemessungsgrundlage konsolidiert.
- Wir werden uns für eine engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Umsatzsteuerbetruges einsetzen und begrüßen dazu die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. November 2016, die Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug vorschlägt. Kontrollen müssen zwischen den Mitgliedstaaten koordiniert werden. Informationen über den innergemeinschaftlichen Handel müssen schneller und automatisch ausgetauscht werden.

- Wir wollen und wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer und erwarten, dass die Mitgliedstaaten im Rahmen der vertieften Zusammenarbeit noch im Frühjahr 2017 eine abschließende Verständigung erreichen und die Steuer dann umsetzen. Wenn dies nicht gelingt und von einigen Mitgliedstaaten weiter verzögert wird, sollen sich Mitliedstaaten in der EU, die großen Finanzplätze haben, zusammentun und jeder für sich in Absprache eine Finanztransaktionssteuer einführen.
- Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten haben bislang stets verhindert, dass sich etwas ändert. Das muss sich ändern. Jeder Staat muss für seine eigenen Einnahmen sorgen, dass er den anderen mit Dumpingvorschriften nicht das Wasser abgräbt. Sonst müssen wir die Frage der Transferzahlungen quer über Europa ganz neu stellen.
- Mindestens für die Staaten der Eurozone fordern wir, in Steuerfragen das Einstimmigkeitsprinzip zu überwinden und zu einer Entscheidungsfähigkeit mit Mehrheit zu kommen.

Recht auf befristete Teilzeit durchsetzen - Rückkehr zu Vollzeit ermöglichen

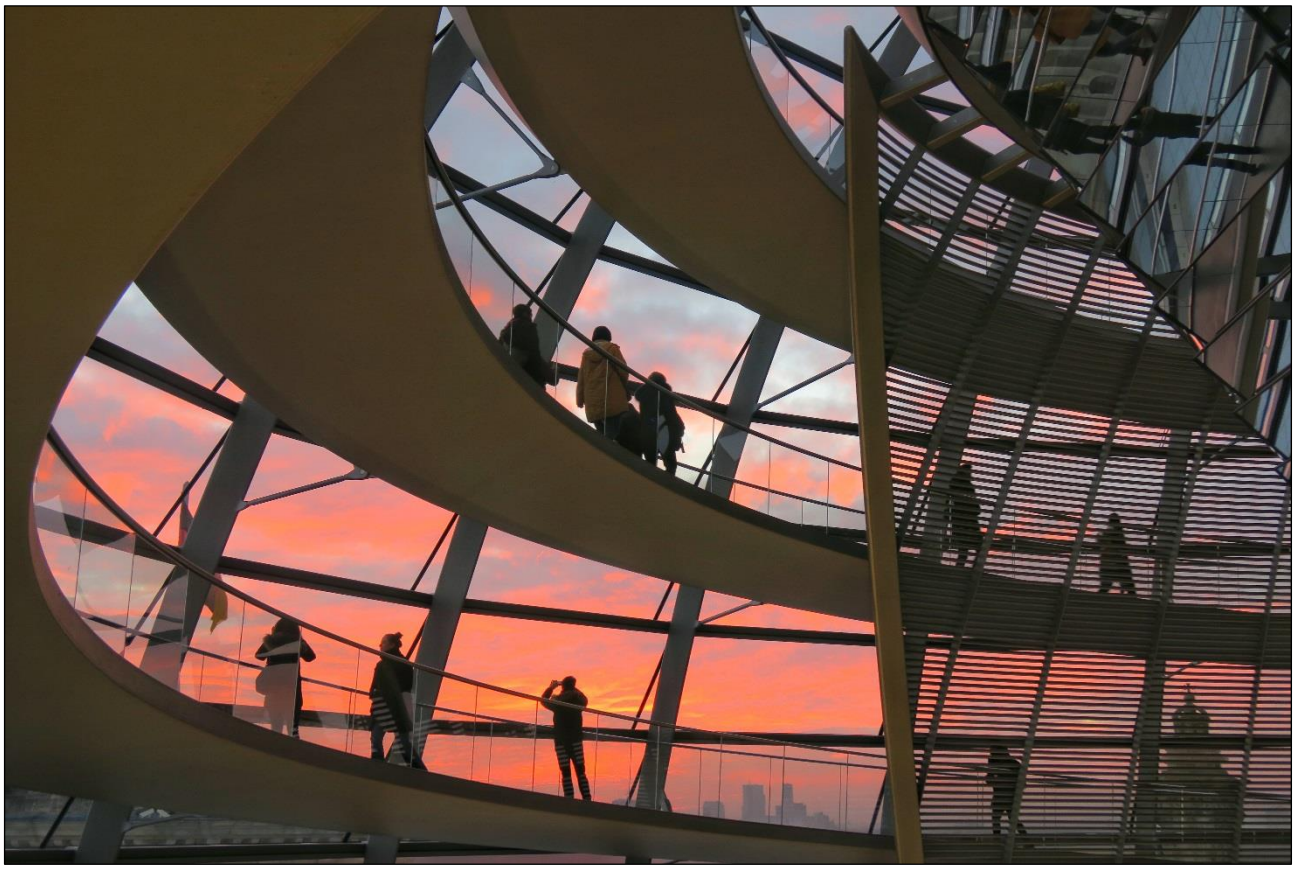
Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für gute Arbeit in regulären und unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen ein. Eine Beschäftigung in Vollzeit ist eine solide Grundlage, um den Lebensunterhalt zu sichern und auch im Alter ein gutes Leben zu führen.

Gleichwohl gibt es im Leben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch gute Gründe, für einige Zeit weniger zu arbeiten: Dies kann die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Familienangehörigen sein oder weil man zeitweilig „Kürzertreten“ möchte, ein Ehrenamt ausüben oder sich neben der aktuellen beruflichen Tätigkeit weiterbilden will.

Um für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Übergänge zwischen Vollzeit- und Teilzeitphasen zu erleichtern, haben wir mit der CDU/CSU im Koalitionsvertrag vereinbart, in dieser Legislaturperiode das bestehende Teilzeitrecht weiterzuentwickeln. Die SPD-Bundestagsfraktion hält an dieser Vereinbarung fest und fordert den Koalitionspartner auf, eine gesetzliche Umsetzung nunmehr zügig auf den Weg zu bringen:

- Hierzu soll ein Anspruch auf Befristung der Teilzeit geschaffen werden, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren können.
- Zudem wurde vereinbart, für bereits bestehende Teilzeitarbeitsverhältnisse die Darlegungslast der Arbeitgeber im Teilzeit- und Befristungsgesetz zu erweitern und bestehende Nachteile für Teilzeitbeschäftigte zu beseitigen. Dies ist erforderlich, weil nach geltendem Recht bei einem Wunsch auf Ausdehnung der Arbeitszeit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darlegen und beweisen müssen, dass es einen entsprechenden freien Arbeitsplatz gibt und dass sie die notwendige Eignung für diesen Arbeitsplatz besitzen. Das hat sich in der Praxis als schwierig erwiesen und kann von Arbeitgebern relativ einfach unterlaufen werden. Die Erweiterung der Darlegungs- und Beweislast für den Arbeitgeber ist auch deshalb angemessen, weil diese Punkte dem Arbeitgeber besser bekannt sind als jedem anderen im Betrieb.
- Darüber hinaus ist klarzustellen, dass jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, mit seiner Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer den Wunsch nach einer Änderung der Dauer bzw. Lage der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit zu erörtern. Dadurch kann im Einzelfall unnötige Teilzeit vermieden werden, weil beispielsweise eine passendere Lage der bisherigen Arbeitszeit gefunden wird.

Die im Koalitionsvertrag geschlossene Vereinbarung zur Teilzeit ist ein weiterer wichtiger Schritt, um ein lebensphasenorientiertes Arbeiten zu ermöglichen. Das vorübergehende Absenken von Arbeitszeiten darf nicht dazu führen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Dauer in einer „Teilzeitfalle“ gefangen bleiben. Deshalb unterstützen wir den von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vorgelegten Gesetzentwurf zum Rückkehrrecht von Teilzeit auf die ursprüngliche Arbeitszeit.



Gute Zeiten für Familien

Familie und Kinder haben einen ungebrochen hohen Stellenwert für die Menschen in Deutschland. Für viele ist Familie der Lebensmittelpunkt – ein Ort der Sicherheit, der Geborgenheit und des Zusammenhalts. Gerade in Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen ist die Familie die verlässliche Konstante. Diese wollen wir stärken.

Mehr Zeit für Familie – diesen Wunsch haben viele: Sie wollen Zeit für ihre Kinder, Zeit für den Partner und Zeit für die eigenen Eltern, wenn sie Hilfe im Alltag oder Pflege brauchen. Auch wenn die Sorgearbeit größtenteils noch immer von Frauen erbracht wird, vollzieht sich ein Wandel hin zu mehr Partnerschaftlichkeit. Befragungen zeigen: Eine große Mehrheit der Väter wünscht sich mehr Zeit für die Familie. Fast 60 Prozent der Väter möchte mindestens die Hälfte der Kinderbetreuung übernehmen. Inzwischen nimmt jeder dritte Vater neugeborener Kinder mit der Elternzeit eine berufliche Auszeit oder reduziert seine Arbeitszeit.

Gleichzeitig hat Berufstätigkeit für Mütter einen immer höheren Stellenwert. Die allermeisten Frauen wünschen sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der berufstätigen Mütter kontinuierlich angestiegen: Von 59 Prozent im Jahr 2000 auf 67 Prozent im Jahr 2015.

Die hohen Anforderungen in einer sich wandelnden Berufswelt und die Sorgearbeit in der Familie verursachen aber zunehmend Zeitkonflikte. Voll im Beruf sein, immer Leistung bringen und sich zugleich aufmerksam und liebevoll um die Kinder und vielleicht auch um die pflegebedürftigen Angehörigen kümmern – das erfordert großes Organisationstalent. Und wenn dann noch das Kind krank ist, die Kita geschlossen hat oder Partner, Freunde oder die Großeltern unerwartet ausfallen, dann wird aus Stress schnell Überforderung. Die enge Taktung des Alltags, die Verdichtung dieser Lebensphase durch hohe berufliche und familiäre Anforderungen macht aus der mittleren Generation nicht selten eine „Generation atemlos“.

Wir wollen, dass Familien auch in dieser Lebensphase gut leben können. Natürlich können wir die alltäglichen Belastungen nicht von heute auf morgen einfach abstellen, aber wir können Rahmenbedingungen für Familien weiter verbessern. Für uns ist dabei unerheblich, in welcher Konstellation Familie gelebt wird. Wie Familien in Deutschland leben wollen, entscheiden sie selbst. Wenn Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, wollen wir sie dabei unterstützen. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass sie ihre Vorstellungen vom Leben auch umsetzen können.

Wir haben in der Großen Koalition gemeinsam wichtige familienpolitische Weichenstellungen vorgenommen. Vom ElterngeldPlus, über den Kita-Ausbau bis hin zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wurden wesentliche Verbesserungen für Familien umgesetzt. Die vergangenen Jahre haben aber auch

gezeigt: Ohne den entschiedenen Einsatz von Familienministerin Manuela Schwesig und der SPD-Bundestagsfraktion wären wichtige Impulse für eine zukunftsorientierte Familienpolitik nicht möglich gewesen. Auch im Jahr 2017 werden wir uns weiter dafür stark machen, dass die Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland besser werden. Dabei setzen wir auf die bewährte Formel aus Zeit, Infrastruktur und Geld.

Familien brauchen mehr Zeit

Wir wollen den mit dem Elterngeld und dem ElterngeldPlus eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen. Daher werden wir noch in diesem Jahr die gesetzliche Grundlage für eine Familienarbeitszeit schaffen. Die Familienarbeitszeit unterstützt Eltern in ihrem Wunsch nach Zeit für Familie und Beruf und fördert die partnerschaftliche Aufteilung. Wenn beide Elternteile im Umfang von 80 bis 90 Prozent ihrer regulären Vollzeit arbeiten, sollen sie für bis zu 24 Monate ein Familiengeld in Höhe von 300 Euro monatlich erhalten. Die Familienarbeitszeit muss nicht an einem Stück genommen werden. Wir wollen, dass Eltern bei der Inanspruchnahme flexibel entscheiden können. Daher kann die Familienarbeitszeit auch später genutzt werden, spätestens bis das Kind acht Jahre alt ist. Selbstverständlich sollen auch Alleinerziehende das Familiengeld erhalten.

Familien brauchen ausreichende und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote

Eltern wünschen sich ausreichende und vor allem qualitativ gute Angebote der Kindertagesbetreuung. Denn es geht nicht allein um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch um beste Start- und Bildungschancen für ihre Kinder. Kitas sind heute frühkindliche Bildungseinrichtungen, die eine wichtige Grundlage für die Zukunft unserer Kinder sind.

In dieser Legislaturperiode unterstützt der Bund den Ausbau der Kindertagesbetreuung massiv. Allein von 2014 bis 2016 hat der Bund dafür über 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Und zwar in Form von Umsatzsteueranteilen, Investitionsprogrammen und Bundesprogrammen wie „Schwerpunktkitas“, „Sprach-Kitas“ und „Kita-Plus“. In den Jahren 2017 und 2018 wird der Bund die Rekordsummen von rund 2,5 Milliarden Euro jährlich in frühkindliche Bildung investieren.

Damit sind wir auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Wir wollen mehr Kitas und wir wollen bessere Kitas. Wir brauchen mehr Betreuungsangebote am Nachmittag und außerhalb der üblichen Öffnungszeiten. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern mit finanzieller Beteiligung des Bundes. Darüber hinaus wollen wir mit einem bundesweiten Kita-Qualitätsgesetz die Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern und Zugangshürden abbauen, indem wir die KitaGebühren schrittweise abschaffen.

Familien brauchen finanzielle Unterstützung durch zeitgemäße Familienleistungen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür gesorgt, dass vor allem Familien besser unterstützt werden. Dabei haben wir den Grund- und Kinderfreibetrag, das Kindergeld, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende und zweimal den Kinderzuschlag angehoben. Das waren wichtige Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung von Familien. Eine weitere Modernisierung von Familienleistungen war mit der Union bislang nicht zu machen. Wir bleiben aber dabei: Zeitgemäße Familienleistungen müssen zur Lebensrealität der Familien in Deutschland passen.

Deshalb wollen wir einen Familientarif einführen, der bei der Besteuerung in erster Linie Kinder unabhängig von der Lebensform der Eltern berücksichtigt. Eine steuerliche Kinderkomponente soll allen Eltern nutzen, ob verheiratet, unverheiratet oder alleinerziehend. Klar ist aber auch: Wer das bisherige Ehegattensplitting anwendet, kann das auch weiter tun.

Um Armut von Familien und Kindern entgegenzuwirken, wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen. Kindergeld und Kinderzuschlag werden dafür zusammengeführt. Ärmere Familien sollen insgesamt deutlich besser finanziell unterstützt werden. Wir werden – wie vereinbart – den Ausbau des Unterhaltsvorschusses umsetzen.

Und wir wollen darüber hinaus Alleinerziehende mit kleinen Einkommen entlasten, indem wir den derzeitigen Steuerfreibetrag in einen Abzug von der Steuerschuld umwandeln.

→ Alle Beschlüsse der SPD-Fraktionsklausur zum Download unter: www.spdfraktion.de/themen/gerechtere-steuern-mehr-familien-hoehere-sicherheit

Lohngerechtigkeit für Frauen

Das Bundeskabinett hat nach langem Widerstand der Union endlich den Entwurf für ein Lohngerechtigkeitsgesetz beschlossen. Das ist ein großer Erfolg für Frauenministerin **Manuela Schwesig** und die SPD. Mit dem Gesetz werden Beschäftigte erstmals Auskunft darüber verlangen können, was Kollegen in gleichwertigen Positionen im Durchschnitt verdienen, unter Wahrung des Datenschutzes. Ungleiche Bezahlung geht vor allem zulasten von Frauen, die im Durchschnitt bei gleicher Qualifikation sieben Prozent weniger verdienen als Männer.

Medienvielfalt sichern

Bundestagsanhörung im Wirtschaftsausschuss zur Novellierung des Wettbewerbsrechts: Für die SPD-Fraktion stellten Martin Dörmann und sein Kollege **Marcus Held** die Fragen zum Bereich Medien und Digitales. Gemeinsam wollen sie die Voraussetzung dafür schaffen, Medienvielfalt zu erhalten und zu stärken. Der Gesetzentwurf sieht z. B. erleichterte wirtschaftliche Kooperationen von Presseverlagen vor. Damit soll die Presse verbesserte Möglichkeiten bekommen, auch im digitalen Wettbewerb zu bestehen.

Zeit für mehr Gerechtigkeit. Zeit für Martin Schulz. Zeit für eine SPD-Mitgliedschaft! In den letzten Wochen sind besonders viele engagierte Menschen in die SPD eingetreten. Sie wollen mit Martin Schulz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt kämpfen und helfen, unsere Demokratie gegen Rechtspopulisten zu verteidigen. Jetzt Mitglied werden unter:

www.mitgliedwerden.spd.de/eintritt

Wahlkampf-Spendenkonto

Am 24. September findet die Bundestagswahl statt. Für diejenigen, die für den SPD-Wahlkampf im Wahlkreis spenden möchten, hier die Kontoverbindung:

SPD Köln, IBAN: DE53 3705 0198 1930 2065 35,
BIC: COLSDE33XXX, Sparkasse KölnBonn.

Bitte als Zweck eintragen:
Spende Bundestagswahlkampf WK 93 Dörmann

Berlin Depesche abonnieren

Die Berlin Depesche erscheint etwa siebenmal im Jahr. Sie wird per **eMail** versendet und auf der **Homepage www.martin-doermann.de** eingestellt.

Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Druckexemplare sind in den drei Bürgerbüros von Martin Dörmann vorrätig. Die Adressen sind auf der letzten Seite aufgeführt.

Weitere Infos bei facebook: www.facebook.com/martin.doermann

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MDB

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam
Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke,
Manuela Seifert

Öffnungszeiten
Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann
Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Dietz, Anton Gerber,
Thomas Schwanstecher (Webmaster)

Öffnungszeiten
Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter
Frank Heinz

Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter
Benedikt Dettling

Öffnungszeiten
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2017

Sitzungswochen im 1. Halbjahr 2017 sind die 3., 4., 7., 10., 12., 13., 17., 20., 22., 25.und 26. KW. Die Übersicht für ist abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

Die Bundestagswahl findet am 24. September 2017 statt.

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich), Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Dietz, Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Tim Pröse: S. 3 o.l.;
Heyne-Verlag: S. 3 o.r.;
Monika Nonnemacher: S. 3 m.;
Deutscher Bundestag: S. 4 u.;
Rene Denzer: S. 5 o.l., S. 5 u., S. 6 o.; Markus Thiele: S. 6 l.u.;
Marco Pagano: S. 6 u.r.;
Danny Frede: S. 7 o.r.;
SPD-Fraktion: S. 8 o., S. 15 o.;
Andrea Nahles: S. 8 m.r.;
Dagmar Ossenbrink: S. 8 u.r.;
Stefan Stader: S. 9, 10, 11;
ARD: S. 14 l.; ZDF: S. 14 l.;
SPD: S. 27 m.l.
Sonstige: Büro M. Dörmann

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint siebenmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:

martin.doermann@bundestag.de

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK

www.facebook.com/martin.doermann

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de